Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Felix Kendolf. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 3.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 10.20 Mk., monatlich 3.40 Mk. durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 11.40 Mk., monatlich 3.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 200 Pfg., sonst 250 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9 Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 110 — Sonnabend, den 15. Mai 1920 — 15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Die neue deutsche Note an die Entente, in der die umgehende Räumung Frankfurts und des Maingaues verlangt wird, ist am Donnerstag in Paris überreicht worden. Wie weiter gemeldet wird, sind Verhandlungen über die Räumung bereits im Gange.

*

Das Reichskabinett hat einem der Staatenkonferenz von Deutschland zu unterbreitenden Vorschlag zugestimmt, eine einmalige, 100 Milliarden nicht überschreitende Entschädigung an die Entente zu zahlen.

*

Die Ernährungsminister der deutschen Länder traten heute unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Hermes zur Besprechung der Wirtschaft im neuen Erntejahr in Berlin zusammen.

*

Wie es heißt, sollen die Vereinigten Staaten darauf hinarbeiten, daß in den neuen englisch-japanischen Vertrag eine Bestimmung eingefügt wird, welche die englisch-amerikanischen Beziehungen sicherstellt.

*

In der Donnerstagsitzung des Völkerbundsrates wurde der italienische Delegierte Tittoni zum Vorsitzenden gewählt. Die wichtigeren internationalen Fragen werden in einer öffentlichen Schlußsitzung am 19. Mai auf dem Kapitol behandelt werden.

Die Adullamiten von heute.

Die Demokratische Umschau für Sachsen schreibt in ihrer Ausgabe vom 14. Mai: Zwischen Jerusalem und dem heutigen Bet Dschibrin, am Fuße des Gebirges Juda, lag ehedem die kanaanitische Königsstadt Adullam. Nach der biblischen Ueberlieferung gab es in der Nähe des Ortes eine Höhle, in die sich David flüchtete, als er sich von seinem mißtrauischen Könige Saul verfolgt sah. Dieses Vorganges erinnerte man sich im Jahre 1866 im englischen Unterhause. Das liberale Ministerium Gladstone hatte eine Wahlreform eingebracht. Sie fand den Widerspruch der Konservativen. Ihnen schloß sich eine Reihe von Liberalen unter Horsman und Lowe an, und deren Abfall von der Partei bezeichnete dann John Bright als einen mißvergnügten Exodus in die politische Höhle von Adullam. Sie hießen seitdem die Adullamiten. Nach zwei Jahren waren sie nicht mehr. Aber ausgestorben ist ihr Typ nicht. In den Jahren 1917/18 ist er auf dem rechten Flügel der preußischen Nationalliberalen wieder aufgetaucht. Er hat dort, auch gemeinsam mit den Konservativen, das gleiche Wahlrecht abgelehnt und dadurch nicht wenig zum Untergang der Monarchie in Deutschland beigesteuert. Er ist jetzt der Kern der Deutschen Volkspartei. Diese hat mit ihrer Entstehung das freiheitliche Bürgertum von neuem gespalten. Sie trägt die Schuld daran, daß der demokratische Einfluß in der Koalitionsregierung der deutschen Republik den Sozialdemokraten gegenüber nicht noch stärker geworden ist. Sie hat im klaffenden Gegensatz zu allen nationalliberalen Traditionen in der Nationalversammlung mit den Konservativen von heute, den Deutschnationalen, und den unabhängig-spartakistischen Elementen das Dasein einer verbissenen Opposition geführt, die unser Reich an jenen Abgrund zerren half, den der Kapp-Putsch mit seinen bolschewistischen Auswirkungen bedeutet. Diese Opposition, so ist gesagt worden, lebt nur von den Abfällen der Revolution; der besonnene Politiker wird schwerlich einen sympathischen Zug an dem Bilde entdecken, das sie bietet. Und doch liest man, sie fände neue Anhänger. Nicht alle haben Fleisch und Blut. Viele sind nur durch den Haß geboren, mit dem die Presse beider Rechtsparteien gerade jetzt die deutschen Demokraten überschüttet. Schon Bismarck hat gemeint: Es wird nirgends so viel gelogen, wie vor den Wahlen, während des Krieges und nach der Jagd. Aber es gibt wirklich derer, die sich in den Leipziger Neuesten Nachrichten bescheinigen lassen müssen, sie hätten die Flucht aus der Deutschen Demokratischen Partei ergriffen. Mut wird ihnen mit jener Ausdrucksweise nicht unterstellt. Darum dürfen sie allerdings mit der deutschen Demokratie hadern. Denn diese hat opfervolle Monate hindurch durch positives Zusammenarbeiten mit Zentrum und Sozialdemokratie ihnen den Bolschewismus ferngehalten, der andernfalls ihrem Drange vermutlich Zügel angelegt hätte. Zuviele sind ihrer nicht; die Lücken, die sie hinterlassen, werden durch andere ausgefüllt, welche unsere schwere Gegenwart weniger zermürbt hat. Das mag die deutsche Demokratie trösten.

Nicht zuletzt die in unserer Stadt. Denn freilich auch Leipzig hat nunmehr seine Adullamiten. Es sind das die Zwanzig, die sich vor kurzem in den Tageszeitungen genannt haben. Der Saul, der sie und die anderen vertrieben, das ist der harte Dienst am Volke, den die Demokratie von den Ihrigen gebieterisch verlangt. Die deutsche Demokratie wird sie aus der Höhle, die sie bezogen, nicht zurückbitten. Das Geschick hat ihr hohe und hehre Aufgaben gestellt. Sie sind in ihrem Programm und in ihren Wahlaufrufen festgelegt. Wer diese Aufgaben voll erfüllen will, muß sie tief und innig in sein Herz aufgenommen haben. Die das nicht konnten, haben kaum jemals zu uns gehört. Die von uns gingen, werden gar bald empfinden, daß das jetzige Wahlrecht niemals die Rechtsparteien wieder zur Herrschaft gelangen lassen wird. Denn es legt die Entscheidung nicht in die Höhle, sondern in die Massen. Nur ehrlich demokratische Politik kann wenigstens einen Teil der Massen von der Sozialdemokratie und vom Kommunismus ablenken; kann eine sozialdemokratisch-kommunistische Reichstagsmehrheit mit all ihren furchtbaren wirtschaftlichen und kulturellen Folgen verhindern. Deutschlands Rettung, und Deutschlands Zukunft ruht allein in der deutschen Demokratie.

Ein Reichsjugendwohlfahrtsgesetz.

Eine der ersten Aufgaben des neuen Reichstages wird der Erlaß eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes sein. Die Vorarbeiten dazu sind bereits seit längerer Zeit im Gange, und die Einbringung des Entwurfes an den Reichsrat dürfte auch unmittelbar bevorstehen. Es handelt sich darum, an die Stelle der einzelstaatlichen Gesetze, die eines gewissen Polizeicharakters nicht entbehren, ein einheitliches, von sozialen Gesichtspunkten diktiertes Gesetz für das ganze Reichsgebiet zu schaffen. Ein bedeutender Raum wird darin von der Fürsorgeerziehung eingenommen. Weiter soll die im Ausland weitverbreitete Schutzaufsicht im Strafverfahren gegen Jugendliche ganz allgemein in Deutschland eingeführt werden. Ansätze dazu finden sich bereits heute, doch bedarf diese Maßnahme einer weiteren Ausdehnung, sie ist als eine rein vormundschaftliche Tätigkeit gedacht. Die Erziehungsberechtigten sollen durch Helfer, die die Stellung eines Beistandes nach dem BGB. haben, unterstützt und überwacht werden. Die Ausübung der Schutzaufsicht soll in erster Linie Sache des Jugendamtes sein, doch soll das Vormundschaftsgericht sie auch einer Einzelperson, insbesondere dem Mitglied eines der Jugendgerichtshilfe gewidmeten Vereins, übertragen können. Voraussetzung der Schutzaufsicht ist die Feststellung einer Unzulänglichkeit der erziehlichen Einwirkung des Erziehungsberechtigten; sie setzt nicht ein völliges Fehlen oder Versagen dieser Einwirkung voraus, sondern nur die Tatsache, daß die erzieherischen Eigenschaften der Eltern nicht ausreichen, um den Minderjährigen so zu erziehen, daß seine Verwahrlosung verhütet wird. Die Schutzaufsicht ist nach unten auf sechs Monate, nach oben auf drei Jahre begrenzt, nur in Ausnahmefällen ist eine Verlängerung gestattet.

Für die Fälle, in denen der Minderjährige, dessen Fürsorgeerziehung eingeleitet ist, sofort aus seiner Umgebung entfernt werden muß, um eine weitere Verwahrlosung bis zum Abschluß des Verfahrens zu verhüten, soll seine vorläufige Unterbringung in Fürsorgeerziehung zulässig sein. Ferner soll durch Bundesgesetz die vorzeitige Entlassung eines mindestens 18 Jahre alten Minderjährigen wegen Unausführbarkeit der Fürsorgeerziehung aus Gründen, die in der Person des Minderjährigen liegen, unter der Voraussetzung zugelassen werden, daß erzieherische Maßnahmen mindestens ein Jahr lang angewandt und eine anderweitige Bewahrung des Minderjährigen sichergestellt ist. Es handelt sich hier um geistig oder sittlich anormal veranlagte Geschöpfe, die die Erziehungsarbeit an den übrigen Zöglingen nur erschweren.

Die Verteilung der Arbeitskräfte.

Die Zulassung ausländischer Arbeiter hat in Fällen, in denen sie unvermeidbar ist, mehr als bisher nach wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesichtspunkten zu erfolgen. Sie ist vom Reichsamt für Arbeitsvermittlung nach einheitlichen Richtlinien zu regeln. Andererseits wird das Reichsamt durch entsprechende Anweisung der Arbeitsnachweise dahin zu wirken haben, daß unentbehrliche Qualitätsarbeiter nicht in die Konkurrenzindustrien anderer Länder abwandern, sondern daß ihnen bevorzugt gut entlohnte Berufsarbeit zugewiesen wird.

Der Ausgleich des Arbeitsmarktes erfordert eine besonders pflegliche Behandlung durch eine Zentralstelle, denn es ist für das deutsche Wirtschaftsleben unerträglich, daß an einer Stelle des deutschen Reiches eine Nachfrage nach bestimmten Arbeitskräften besteht, die in anderen Gegenden des Reichs als Arbeitslose der Erwerbslosenfürsorge zur Last fallen. Ueberhaupt soll die enge Verbindung der Erwerbslosenfürsorge und des Arbeitsnachweises eine wesentliche Aufgabe des Amtes sein. Die von Reichswegen erfolgende Ueberwachung der Bestimmungen der Erwerbslosenverordnung liegt ihm ob. Insbesondere ist dem Reichsamte die Durchführung der sogenannten produktiven Erwerbslosenfürsorge übertragen. Ihm soll die Entscheidung über die Gewährung von Zuschüssen und Darlehen aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu wirtschaftlich nützlichen Maßnahmen (Notstandsarbeiten) zufallen, und es ist zur Anregung derartiger Arbeiten in Bezirken mit großer Arbeitslosigkeit berufen. Die Mitarbeit des Reichsamtes wird nicht entbehrt werden können bei Erfüllung der Vorbedingungen (Beschaffung von Baracken, Ausstattungsgegenständen, Arbeitszeug) zur Unterbringung Erwerbsloser in Landwirtschaft, Bergbau, Notstandsarbeiten. Seine besondere Aufmerksamkeit hat es endlich gewissen Gruppen von Arbeitslosen, z. B. den Seeleuten, ausscheidenden Militärpersonen, Flüchtlingen, sowie den Erwerbsbeschränkten zuzuwenden. Hand in Hand mit der oben gekennzeichneten Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung hat eine zentrale Regelung der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung zu gehen. Infolge der auf Jahrzehnte hinaus zu erwartenden knappen Zufuhren an Rohstoffen muß die deutsche Wirtschaft weit mehr als bisher auf Veredelung, auf Qualitätsarbeit eingestellt werden. Die systematische Heranziehung von Qualitätsarbeitern wird hierfür Vorbedingung sein.

Die neuen Sätze der Erwerbslosenfürsorge

Durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. Mai d. J. wird die Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge erneut abgeändert. Entsprechend den gerade in den letzten Monaten stark gestiegenen Preisen mußten die Höchstsätze fast durchweg erhöht werden. Auch wird von nun an bei männlichen Erwerbslosen über 21 Jahre der Unterschied gemacht werden, ob sie im eigenen Haushalt leben oder nicht. Dieser Unterschied bestand bisher nur bei den weiblichen Unterstützten. Künftig beträgt der Höchstsatz in der Ortsklasse A, in die die meisten Großstädte gehören, für Männer mit eigenem Haushalt täglich 8 Mark, für Männer im fremden Haushalt täglich 7 Mark, für weibliche Erwerbslose mit eigenem Haushalt ist der Höchstsatz in Ortsklasse A von 5 auf 6 Mark hinaufgesetzt worden. Auch die Familienzuschläge, die im Januar erhöht wurden, mußten erneut heraufgesetzt werden. Die neuen Sätze treten rückwirkend mit dem 1. Mai d. J. in Kraft. Während die Erhöhung der Sätze eine nicht unerhebliche finanzielle Mehrbelastung von Reich, Ländern und Gemeinden bedeutet, ermöglicht die zunehmende Besserung des Arbeitsmarktes einen wesentlichen Schritt auf dem Wege zum Abbau der nur für die Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung bestimmten Fürsorge dadurch zu tun, daß vom 1. August d. J. ab die Fürsorge grundsätzlich nur für die Dauer von insgesamt 26 Wochen gewährt wird. Ausnahmen bedürfen in besonderen Fällen der Zustimmung der Landeszentralbehörde oder der von ihr bezeichneten Stelle. Zur Vermeidung unbilliger Härten für Angehörige von Berufen, die einen besonders günstigen Arbeitsmarkt aufweisen, kann die Höchstdauer der Unterstützung sogar bis auf 13 Wochen beschränkt werden. Auf diese Weise hofft man, die Erwerbslosenfürsorge von den chronischen Erwerbslosen, die als Arbeitskräfte für das Wirtschaftsleben nicht in Betracht kommen, zu entlasten. Durch die Beschränkung der Fürsorge auf eine bestimmte Frist wird auch der Uebergang zur künftigen Arbeitslosenversicherung, deren Leistungen ebenfalls befristet sein werden, angebahnt. Nach den letzten Berichten der Demobilmachungskommissare hat die Zahl der unterstützten Erwerbslosen eine weitere Abnahme auf etwa 312000 erfahren.

Kleine politische Meldungen.

Erst Räumung Frankfurts, dann Spa! Das Kabinett hat am Mittwoch abend gemeinsam mit den in Berlin weilenden Ministerpräsidenten und Ministern der einzelstaatlichen Regierungen die von der deutschen Reichsregierung in Spa zu behandelnden Fragen besprochen. Uebereinstimmung ergab sich darüber, daß die deutsche Regierung weder Vertreter zur Konferenz nach Spa senden solle, noch zu der am 16. Mai in Paris stattfindenden Wirtschaftsbesprechung, wenn nicht vorher die französischen Truppen aus Frankfurt und dem übrigen Maingau zurückgezogen worden seien, da jede Voraussetzung für die weitere Aufrechterhaltung der Besetzung hinfällig geworden sei.

Die Pläne zu dem neuen Kommunisten-Aufstand beschlagnahmt. Von der Berliner Polizei sind im Verfolg eingegangener Anzeigen Haussuchungen bei bekannten Kommunisten vorgenommen worden. Es wurden umfangreiche Pläne und vorbereitende Schriftstücke zu einem neuen kommunistischen Aufstand am 5. Juni beschlagnahmt.

Die Gefahr eines neuen Erntestreiks. Nach Meldungen aus Pommern und Mecklenburg zeigt sich ein neues Wiederaufleben des vorjährigen Erntestreiks unter den Landarbeitern. Auf einer Reihe großer pommerscher Güter haben radikale Landarbeiterversammlungen Forderungen von hundert Prozent Lohnerhöhung für den 1. Juli, dem Beginne der diesjährigen Hauptarbeit, aufgestellt.

Entlassung angeklagter Kriegsgefangener. Wie der Matin erfährt, hat der französische Justizminister dem Beschluß des Generalstaatsanwalts seine Zustimmung erteilt, daß die gegen deutsche Kriegsgefangene, die wegen leichter Vergehen und Verfehlungen in französischer Untersuchungshaft zurückgeblieben sind, eingeleiteten Strafverfahren niederzuschlagen sind. Der Abtransport der Begnadigten soll in der Woche nach Pfingsten erfolgen.

Ein Berliner Zentrum der russischen Reaktionäre? Der Berliner Korrespondent des Daily Herald meldet, in Berlin habe sich ein neues Zentrum für die russischen Reaktionäre und Monarchisten gebildet, und zwar in dem Salon der Fürstin Bariatinsky. Britische und französische Offiziere und diplomatische Agenten treffen hier, wie der Korrespondent behauptet, mit den Führern der verschiedenen, gegen die Sowjetregierung gerichteten Bewegungen zusammen. Die russischen Reaktionäre hätten den Plan, die Ukraine mit Hilfe der Polen zu erobern und von hier aus Sowjetrußland anzugreifen.

SLUB
Wir führen Wissen.